

Antrag A038: Resolution: Zur Lage an der Grenze zu Belarus

Antragsteller*in:	SPD-Parteivorstand
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	A - Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik
Antragsblock:	En Bloc - Weitere

1 Resolution

2 Zur Lage an der Grenze zu Belarus

3 Die Lage an den europäischen Außengrenzen zu Belarus ist besorgniserregend. Auf
4 menschenverachtende Weise instrumentalisiert das belarussische Regime Migrantinnen
5 und Migranten für politische Zwecke. Männer, Frauen und Kinder wurden mit falschen
6 Versprechungen und staatlich organisiert ins Land gelockt und an der Grenze
7 ausgesetzt, ungeachtet der äußerst prekären humanitären Lage und der Gefahr für Leib
8 und Leben. Die Verantwortung für die humanitäre Tragödie, die sich gerade an der
9 polnisch-belarussischen Grenze ereignet, liegt bei Alexander Lukaschenko.

10

11 In den letzten Wochen kehrten rund 3.000 Migrantinnen und Migranten in ihre
12 Heimatländer, hauptsächlich in den Irak, zurück, was zu einer leichten Entspannung
13 der Lage führte. Dennoch verharren weiterhin tausende Menschen in Belarus, ohne dass
14 Hilfsorganisationen ausreichenden Zugang haben.

15

16 1. Drängendes Ziel ist es jetzt, den ungehinderten und umfassenden Zugang zu
17 humanitärer Hilfe zu ermöglichen und so die prekäre Lage der Menschen,
18 insbesondere in den Wintermonaten, zu lindern. Internationalen und humanitären
19 Organisationen, wie zum Beispiel dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und der
20 Internationalen Organisation für Migration IOM, muss es ermöglicht werden, den
21 Menschen zu helfen – in Belarus wie in Polen. Deutschland und die Europäische
22 Union sollen ihre Unterstützung für Hilfsorganisationen, die dort aktiv sind,
23 weiter verstärken.

24

25 2. In Anbetracht der lebensbedrohlichen Lage für viele Menschen an der polnisch-
26 belarussischen Grenze kommt der Republik Polen eine besondere Verantwortung
27 dafür zu, dass niemand mehr von der winterlichen Kälte bedroht ist. Um das Land
28 in dieser Lage zu unterstützen, gibt es vielfältige Hilfsangebote. Frontex, das
29 Asylunterstützungsbüro EASO und Europol stehen bereit, um unter den gegebenen
30 Umständen Rechtsstaatlichkeit, das Flüchtlingsrecht und die Sicherheit zu
31 gewährleisten.

32

- 33 3. Dass Menschen bei Minusgraden ohne Versorgung im Wald zwischen der
34 belarussischen Seite und der polnischen Seite gefangen sind, ist für uns
35 inakzeptabel. Diese Menschen – darunter viele Familien, Frauen und Kinder –
36 müssen sofort in Sicherheit gebracht und humanitär versorgt werden. Es muss
37 sichergestellt werden, dass Minderjährige nicht an den Grenzen von ihren
38 Familien getrennt werden.
- 39
- 40 4. Gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedstaaten wollen wir in einer Koalition der
41 Menschlichkeit Hilfe in akuten Notsituationen organisieren und dabei unseren
42 solidarischen Anteil leisten. Daher wollen wir mit einer Koalition der
43 aufnahmebereiten Mitgliedstaaten vorangehen und Polen unsere Unterstützung bei
44 der Versorgung der Menschen in Not auch in den eigenen Ländern anbieten. Ebenso
45 müssen vor Ort – auch mit Hilfe von Menschenrechtsorganisationen – illegale
46 Pushbacks dokumentiert und überwacht werden, auch um die juristische Verfolgung
47 zu gewährleisten. Aktuelle Überlegungen der Europäischen Kommission zur
48 teilweisen Aussetzung des geltenden Asylrechts an der polnischen Grenze lehnen
49 wir ab.
- 50
- 51 5. Dem belarussischen Regime machen wir klar: Die Europäische Union und Deutschland
52 sind nicht erpressbar. Die verbrecherische Aktion von Herrn Lukaschenko ist
53 menschenverachtend. Wir werden dies nicht tatenlos hinnehmen. Es ist konsequent,
54 dass die Europäische Union Sanktionen gegen all diejenigen, die sich an der
55 gezielten Schleusung von Migrantinnen und Migranten beteiligen, verhängt hat.
56 Auf beteiligte Fluggesellschaften und Länder, in denen Flugzeuge starten, wurde
57 erfolgreich eingewirkt. Der politische Druck auf das Regime in Minsk muss weiter
58 erhöht werden. Deshalb müssen die Sanktionen gegen andere Wirtschaftsbereiche
59 und das Regime von Lukaschenko ausgeweitet werden. Am Ende wird sich auch die
60 Internationale Gemeinschaft mit den Verbrechen von Machthaber Lukaschenko
61 befassen müssen.
- 62
- 63 6. Auch um solchen menschenverachtenden Versuchen einen Riegel vorzuschieben,
64 setzen wir uns weiterhin für eine grundlegende Reform des Europäischen
65 Asylsystems ein. Unser Ziel ist eine faire Verteilung von Verantwortung und
66 Zuständigkeit bei der Aufnahme zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Auf dem Weg
67 dahin wollen wir mit einer Koalition von Mitgliedstaaten vorangehen und aktiv
68 dazu beitragen, dass andere EU-Mitglieder mehr Verantwortung übernehmen. Zudem
69 wollen wir die Ursachen für die lebensgefährliche Flucht bekämpfen und
70 humanitäre Visa für gefährdete Personen ermöglichen. Pushbacks sind illegal und
71 stehen im klaren Widerspruch zu unseren europäischen Werten. Auch deshalb wollen
72 wir – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – über eine Weiterentwicklung des
73 Einwanderungsgesetzes, Zusagen für Resettlement, Relocation und humanitäre Visa
74 vermehrt transparente, sichere und legale Wege nach Deutschland schaffen, um den
75 Druck von den irregulären Routen zu mindern und denen, die Geschäfte mit Flucht

76 und Migration machen, die Grundlagen zu entziehen.

77

78 7. Weiterhin stehen wir solidarisch an der Seite der Menschen in Belarus, die sich
79 nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen vom August 2020 für Menschenrechte,
80 Freiheit und Demokratie einsetzen. Wir fordern ein Ende der staatlichen
81 Repressionen und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Wir wollen faire
82 und freie Neuwahlen in Belarus.